

DOI: 10.46340/eppd.2021.8.2.2

Edisher Japharidze, Doctor of Political Sciences

ORCID ID: <https://orcid.org/0000-0002-9239-4785>

Georgian Technical University, Tbilisi, Georgia

Vazha Shubitidze, Doctor of Political Sciences

Georgian Technical University, Tbilisi, Georgia

ORCID ID: <https://orcid.org/0000-0002-1928-8310>

EDISHER JAPHARIDZE, VAZHA SHUBITIDZE, GEORGIA FROM THE COUNCIL OF EUROPE TO THE EUROPEAN INTEGRATION

Edisher Japaridze, Doktor der Politikwissenschaft

Vazha Shubitidze, Doktor der Politikwissenschaft

die Georgische Technische Universität, Tiflis, Georgien

GEORGIEN VOM EUROPARAT ZUR EUROPÄISCHEN INTEGRATION

This work is devoted to the study of new forms of one of the important directions of Georgia's foreign policy, namely the Eastern Partnership and the Neighborhood Policy between Georgia and the European Union (EU) from the beginning of cooperation between Georgia and the European Union to today's political reality. The article examines the forms of cooperation, their goals, development prospects and implementation problems. The paper argues that for the first time relations between Georgia and the EU began in 1991-1992, after the Soviet Union was liquidated and Georgia became an independent state. In 1996, a partnership and joint work agreement between Georgia and the EU was signed in Luxembourg. This was the beginning of a permanent institutional relationship with the aim of developing mutual relations and political dialogue. After the decision of the European Council on June 14, 2004, Georgia takes an active part in the Neighborhood Policy with the European Union. The Neighborhood Policy is the main mechanism for the EU cooperation with neighboring states to support reforms in selected areas of public administration. Within the framework of the EU Neighborhood Policy, an action plan is developed for each state, which describes in detail the priority objects and measures. With the development of reforms and the signing of an Association Agreement with the EU in 2014, the level and forms of EU assistance have expanded significantly, which allowed Georgia to participate in bilateral assistance formats with the aim of developing the state and bringing it closer to EU standards. This cooperation has been successfully implemented in the areas of justice, migration, political asylum, crisis management, nuclear research, small and large business development, anti-corruption, education and science, marine economy and fisheries, culture, media, health protection, environmental protection and its rational use. In the article the author comes to the conclusion that if Georgia continues to carry out reforms with the same intensity, then within the next four years Georgia will have every chance of EU full membership.

Keywords: the European Neighborhood Policy, cooperation between Georgia and the European Union, eastern partnership and the Association Agreement, European Union, European Council, EU standards.

Europäische Nachbarnpolitik (ENP) stellt ein Hauptmechanismus der Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, liegend südlich von EU-Union dar. Bei der Nachbarnpolitik nehmen 16 Staaten teil (Algerien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Jordanien, Israel, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, Palästina, Georgien, Syrien, Armenien, Tunesien und Ukraine). Davon nehmen 12 Staaten völlig bei der Nachbarnpolitik von EU teil, aber in Algerien, Weißrussland, Libanon und Syrien wirkt die Teilnahme auf einzelne

Mechanismen von Nachbarpolitik. Die Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Nachbarpolitik gründet sich auf solche Werte, wie Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, regionale Verwaltung, Marktwirtschaft und ständige Entwicklung. Hauptzweck von Nachbarpolitik besteht aber an Unterstützung der Stabilität, Sicherheit und Entwicklung zwischen EU-Union und Nachbarstaaten. Im Rahmen der EU-Nachbarpolitik, mit jedem Staat wird einen Handlungsplan entwickelt, wo man prioritäre Einrichtungen und zu treffende Maßnahmen ausführlich gegeben werden. ENP-Handlungsplan von Georgien und EU-Union galt ab November 2006 bis Juni 2014, was nachher durch eine Tagesordnung über die Assoziierung ersetzt wurde. Handlungsplan gründet sich auf einem Gesamtprinzip bei den Beziehungen mit allen Staaten der Nachbarinitiative, aber sein Inhalt unterscheidet sich gemäß dem Niveau der Zusammenarbeit mit diesen Staaten, Bedürfnisse des Staates und Gesamtinteressen.

Die Nachbarpolitik gründet sich im Allgemeinen auf Durchführung eigener Maßnahmen und enger Zusammenarbeit nach folgender Richtung:

1. Finanzielle Unterstützung, wovon im Rahmen einer EU-Nachbarpolitik, in einigen Staaten um Finanzierung entsprechender Projekte, 2007-2013 12 Millionen Euro ausgegeben wurde.
2. Wirtschaftliche Integration und Zulassung auf den EU-Markt.
3. Erleichterung einer Visaregime mit EU.
4. Unterstützung der Reformen in einzelnen Bereiche der technischen und öffentlichen Politik der Staaten, die sich an Nachbarpolitik teilnehmen.

Durch die Entwicklung umfassender Reformen und Unterzeichnung einer Assoziierungsvereinbarung mit EU-Union im 2014, nahm Maßstabe der EU-Hilfe wesentlich zu. Moderne Modalitäten der EU-Hilfe nahm auch in Georgien zu, die Assoziierungsvereinbarung ermöglichte uns an beidseitigen Formaten der EU-Hilfe, zwecks Entwicklung des Staates und Näherung mit den EU-Standards teilzunehmen.

Hauptprogramme der EU-Hilfe, die in beidseitigen Format durchgeführt werden stellen sektorale (durch die Unterstützungskomponente aus dem Budget) und experte Unterstützungsprogramme dar. Institutionelle Programme von EU-Union beinhalten Instrumente zur Expertenunterstützung, deren Ziel an Entwicklung der Verwaltungsmöglichkeiten und staatlicher Ämter, Nachbarstaaten und Näherung der nationalen Gesetzgebung mit der EU-Gesetzgebung darstellt. In dieser Richtung gilt in Georgien in gewisser Weise für ein führendes Programm das Freundschaftsprogramm der öffentlichen Ämter „Twinning“, das Georgien seit 2009 nutzt und wodurch es 29 Projekte vollgezogen hat, aber 11 davon laufen noch heutzutage. Diese Initiative hat Georgien zwecks Näherung mit den gesetzlichen Normen und Standards von EU-Union sehr geholfen, was eine gute Voraussetzung für unseren Staat auf dem Weg nach EU-Integration ist.

Das Programm „TAIEX“ stellt ein Instrument zur institutionellen Entwicklung, technischen Unterstützung und Austausch der Information von EU-Ausschuss dar. Durch dieses Programm kann man Nutzung der Unterstützung drei Typen:

1. Workshop – die Experten von Mitgliedstaat der EU-Union stellen den Vertreter der sich dafür interessierte Ämter eine bestimmte Information über die gesetzlichen und praktischen Aspekte eines bestimmten Bereichs vor.
2. Expertenhilfe – die Experten von Mitgliedstaat der EU-Union teilen den Vertreter der sich dafür interessierte Ämter einen gesetzlichen Rahmen, Bearbeitung und weiteren Vollzug eines vorzeitig identifizierten Bereichs mit.
3. Studienbesuch – höchstens drei Personen aus einer sich dafür interessierten Behörde besuchen durch eine Geschäftsreise entsprechende Behörde eines Mitgliedsstaat von EU-Union, zwecks lokale Übermittlung praktischer Erfahrungen.

Was sich an Rahmenprogramme von EU-Union betrifft, die man am 12. Dezember 2013 unterzeichnete, eine „Rahmenvereinbarung über die Hauptprinzipien zur Teilnahme an Rahmenprogramme“ ermöglicht dem Staat im Rahmen eines Gerät der Nachbarpolitik von EU-Union, dass Georgien mit den EU-Mitgliedsstaaten eng zusammenarbeiten kann, wie in Hinsicht staatlicher Behörden, so auch mit den NGOs. Dieser Vertrag umfasste 18 Rahmenprogramme von 2014-2020 der EU-Union, deren Ziel daran bestand die Zusammenarbeit in solchen Einrichtungen zu entwickeln, wie: Gerechtigkeit, Migration und Asyl, Verwaltung der Krisen, Kernforschungen, Entwicklung von Klein- und Großgeschäfte Kampf gegen die Korruption, Ausbildung und Wissenschaft, Meerverwaltung und Fischerei, Kultur, Medien, Gesundheit, Umweltschutz und ihre rationelle Nutzung. Heutzutage funktionieren in Georgien 3 Rahmenprogramme:

1. ERASMUS+, deren Zweck daran besteht die Durchführung strategischer Rahmen von EU-Union für die Zusammenarbeit im Bereich Ausbildung und Trainings und „Europa 2020“ EU-Strategie zu unterstützen.

2. HORIZON – 2016 wurde Georgien assoziierter Mitglied der Horizont, deren Zweck daran besteht Weltwissenschaft durch Europa zu entwickeln, günstige Umgebung für neue Innovationen zu schaffen, Zusammenarbeit der öffentlichen und privaten Sektoren gegenseitig zu unterstützen.

3. CREATIVE EUROPE + Georgien ist 2015 einigt und funktioniert heutzutage wieder aktiv, deren Zweck daran besteht, das transnationale Niveau kultureller und kreativer Organisationen zu fördern, beim Kulturbereich beschäftigte Personen zu helfen und Popularisierung der erfolgreichen Werke, audiovisueller Industrien über die Grenzen zu unterstützen.

EU-Union verwirklicht auch die Programme zur Zusammenarbeit am Meer (CBC BLACK SEA BASIN) mit den Mitgliedstaaten von Nachbarpolitik, deren Zweck an der Entwicklung regionale Zusammenarbeit in den Bereichen von Tourismus durch Schwarzmeerregion, Umweltschutz, Kultur und Business besteht. Am Programm nehmen 8 Staaten teil, inzwischen Georgien, Rumänien, Bulgarien, Türkei, Griechenland, Ukraine, Moldawien und Armenien, deren Benefiziere tatsächlich NGOs und lokale Gemeinden darstellen.

2007-2013 hat EU-Union Georgien tatsächlich im Rahmen des Instruments der Nachbarschaftspartnerschaft (ENP) von EU-Union geholfen, was ab 2014 durch das Instrument von Nachbarpolitik der EU-Union ersetzt wurde. ENI ist erreichbar für 16 Staaten der EU-Nachbarpolitik und ihr Gesamtbudget während 2014-2020 ca. 15 Milliarde Euro beträgt, worüber wir schon mal in das erste Kapitel erwähnt haben. Die Europäische Nachbarschaftspolitik wird auch in folgenden multilateralen Kooperationsformate durchgeführt: Östliche Partnerschaft, Euro-Mittelmeer-Partnerschaft und die Schwarzmeersynergie.

2006 zog deutsche Präsident von EU-Rat eine Idee der „Europäischen Nachbarpolitik Plus“ heraus, die in einem Diskussionsdokument „moderne europäische Ostpolitik“ gegeben wurde. Im Dokument wurde neue Tagesordnung von Osteuropa im Rahmen europäischer Nachbarpolitik erwähnt, die an Benefiziar-Staaten verstärkte sektorale Zusammenarbeit und neuer Grad offizieller Beziehungen anbietet. Weitere Entwicklung dieser Idee bestand an „Schwarzmeersynergie“, die Kommunikation von EU-Ausschuss darstellte und die als ein Versuch der östlichen Stärkung gesehen werden konnte, deren Ziel an der Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen EU-Union und Schwarzmeerregion bestand, in solcher Richtung, wie: Meerangelegenheiten, Fischfangen, Meertransport, Energetik, Ausbildung, Grenzüberschreitende und Forschungsbereiche in Hinsicht moderner Synergie und Entwicklung der Zusammenarbeit. Diese Initiative beinhaltete alle Staaten von Schwarzmeer, inzwischen Russland und Ukraine. Es ist deutlich, dass solches Format durch die Teilnahme von Russland keinen Anspruch auf großem Progress durch die Region haben konnte. EU-Union hoffte, dass BSEK ein starkes Plattform für Frieden durch die Schwarzmeerregion und Konsolidierung der Region sein würde, aber 2008 stellte in Georgien Okkupation, aber 2014 Annexe des Territoriums von Ukraine, erste Streit über regionale Interessen und Gesamtwerte dar, was zum Schluss 2008 in Kiew nach einer regionalen Konferenz Unterbruch von Schwarzmeersynergie verursachte.

Östliche Partnerschaft (ENP) – Initiative, als ein neues Format der Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarstaaten der EU-Union (Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Moldawien, Weißrussland, Ukraine), wurde zum ersten Mal durch Schweden und Polen entwickelt, deren Ziel daran bestand in Hinsicht EU-Partner Durchführung EU-Nachbarpolitik zu unterschützen und ihre östliche Maßstäbe zu stärken. EU-Ausschuss veröffentlichte eine Kommunikation über die „Ost-Partnerschaft“ im Dezember 2008, aber am 19. März 2009 hat man auf der Sitzung von EU-Rat sie festgestellt. Es stellt keine Alternative der Mitgliedschaft an der EU-Union dar, sondern es ist eine Möglichkeit beidseitiger und mehrseitigen Zusammenarbeit. Durch das beidseitigen Format unterstützt es Entwicklung eines Integrationsprozesses der Partnerstaaten in die EU-Union und Verbreitung von Gesamtwerte, Stärkung der Sicherheit durch die Region und wirtschaftliche Entwicklung, aber in einem mehrseitigen Format teilnehmende Staaten arbeiten tatsächlich in vier thematischen Plattformen zusammen: 1) Demokratie, effektive Verwaltung und Stabilität, 2) Wirtschaftliche Integration und Näherung zur EU-Politik, 3) Energiesicherheit,

4. Beziehungen zwischen den Nationen. Im Rahmen oben genannter Plattform sieht man Entwicklung der Zusammenarbeitsprozesse durch die Region. Heutzutage hat man im Rahmen beidseitiger Format fünf Gipfeltreffen der Ostpartnerschaft veranstaltet, die zweimal pro Jahr in den Mitgliedstaaten von EU-Union stattfindet. Aber im Rahmen von Ostpartnerschaft fanden neun Treffen der Ministerial für Außenangelegenheiten und zehn Sitzungen informeller Dialoge der Ostpartnerschaft statt. Man muss erwähnen, dass georgische Regierung Richtung stufenweiser Integration in die EU-Union durch die volle Nutzung der neuen Möglichkeiten „der Ostpartnerschaft“ wieder aktiv arbeitet, was eine sehr wichtige Perspektive für endgültige Integration von Georgien in die EU-Union darstellt.

Die erfolgreiche Umsetzung der Ziele der Nachbarschaftspolitik ermöglichte es, die Beziehungen Georgiens zur Europäischen Union zu vertiefen und ein Assoziierungsabkommen zu schließen. Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft als Sonderrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik haben Georgien und die Europäische Union am 27. Juni 2014 das Assoziierungsabkommen unterzeichnet, das am 1. Juli 2016 in Kraft trat. Es ist zu einem Schlüsselinstrument geworden, um die Partnerländer den EU-Standards und -Normen näher zu bringen. Man muss erwähnen, dass das zwischen Georgien und anderen Staaten der Ostpartnerschaft abgeschlossene Dokument durch andere Verträge durch tiefen und umfassenden freien Handelsraum (DCFTA) unterscheidet, dadurch sie sich zur Annahme von EU-Standards im Bereich Handel, Kundenschutz und Umweltregulierung verpflichten. Assoziierungsvereinbarung bietet Georgien und anderen Ostpartnerschaftsstaaten keine Einigung an EU-Union an, aber schließt es auch nicht aus. „In Anbetracht dessen, dass dieses Abkommen den Weg für die künftige fortschreitende Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Georgien nicht einschränkt oder ebnet...“ – so unter der Präambel des Vertrags.

Man muss erwähnen, dass die Assoziierungsvereinbarung in zwei Formate verwirklicht wurde und incl. 2020 unterschiedlicher Einrichtungen umfasste. EU-Ausschuss veröffentlichte am 9. Februar 2021 jährliche Rechnung über die Assoziierungsvereinbarung seitens Georgien während 2020, und zwar: trotz der Covid-Pandemie ist Georgien dynamisch dem europäischen Weg gefolgt und hat seine Verpflichtungen aus dem Assoziierungsabkommen weiterhin erfolgreich erfüllt, inzwischen Näherung von Georgien mit der EU-Gesetzgebung und EU-Standards der Menschenrechtenschutz. EU-Union bestätigt offen ihre Unterstützung in den international anerkannten Grenzen gegen die territoriale Einigung des Staates und spricht über ihre aktive Teilnahme an einem Prozess der Konfliktlösung. Unter dem Bericht spricht man über die durch die Pandemie verursachte wirtschaftliche und Fiskale Herausforderungen, die der Staat heutzutage hat, aber Georgien hält erfolgreiche Positionen unter den internationalen Ratings. Vorgesehen der Angaben aus der Weltbank, Richtung Businessumgebung nimmt der Staat siebte Stelle zwischen 190 Staaten, aber Richtung Einfachheit von Anfang der Geschäft nimmt sie zweite Stelle durch die Welt.

In dem Bericht wird Georgien als größter Handelspartner vorgestellt, der trotz des derzeit reduzierten Handels versucht, georgische Produkte auf dem EU-Markt zu erkennen und bekannt zu machen. Man muss auch erwähnen, dass Georgien erfolgreichster Staat Richtung Teilnahme an Ausbildungsprogramme ist, im Rahmen der ERASMUS+ ist Georgien zwischen zehn führenden Staaten der Welt. Der Bericht bewertet auch positiv die Änderungen in der Wahlgesetzgebung, die zu den Parlamentswahlen 2020 im Rahmen eines neuen Systems geführt haben, und stellt das Land fest auf die Schienen, die den Übergang zu vollständig proportionalen Systemen bis 2014 erleichtern werden. Unter dem Bericht werden alle Reformen der Regierung positiv bewertet, die georgische Regierung in folgenden Bereiche eingeleitet hat: Konsolidierung der Demokratie und Wahlgesetzgebung. Menschenrechtenschutz. Gerechtigkeit, Korruption und Kampf gegen organisierten Verbrechen, Schutz persönlicher Angaben, öffentliche Verwaltung, Wirtschaftsentwicklung und Handel, regionale Entwicklung und Dezentralisation, Landwirtschaft, finanzieller Sektor, Umweltschutz, Ausbildung, Transport und Energetik.

Unter dem Bericht spricht man auch über die positive Dynamik der Gesetzgebung, und zwar: 1) über da Gesetz über die wesentliche Veränderungen beim Arbeitsgesetzbuch und Arbeitsinspektionsamt, 2) über das Inkrafttreten eines Kodexes über den Kinderrechtenschutz, 3) über die Schritte im Rahmen der Reformen der öffentlichen Verwaltung, 4) über die Änderungen im Gesetz über die Konkurrenz, 5) über die Veränderungen in der Gesetzgebung über die staatliche Einkäufe und Rechte zur intellektuellen Eigentum. 6) Über die Annahme von neuem Kodex der Wald, das ein System zur ständige Verwaltung der Wald formiert, und zum Schluss über den Packet der Gesetzgebung über die Energieeffizienz, was durch den Staat Einleitung der Politik über die Energieeffizienz deutlich unterstützt. Oben genannte erfolgreiche Reformen stellen positive Zustimmung der EU-Union gegen Georgien dar und nächstes Jahr wird wieder auf ein neues Format umgestellt.

„VISA-Liberalisierung“ eine Perspektive der Reise zwischen Georgien und EU-Union ohne ein Visum, einer von Hauptkomponenten der „Ostpartnerschaft“, Hauptgerät der Aktivierung der Beziehungen zwischen den Nationen und effiziente Möglichkeit der weiteren Näherung mit der EU-Union. Im Rahmen der Ostpartnerschaft geschah zwischen Georgien und EU-Union eine historische Akte abgeschlossen. Ab 28. März 2017 gilt für georgische Bürger „VISA-Liberalisierung“ – Regime der Reise ohne Visum in die Schengener Zone der EU-Union. Es war noch einen Schritt für die endgültige Integration von Georgien nach Europa. Es ist kein Zufall, dass die neue georgische Regierung heute ihre Bereitschaft zum Ausdruck bringt, bis 2024 eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union zu beantragen, und Georgien in einigen Jahren Vollmitglied der Europäischen Union wird.

Es wird jedoch sehr interessant sein, den für die zweite Hälfte des Jahres 2021 geplanten Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft zu sehen, auf dem die Notwendigkeit einer aktiveren und effektiveren Anwendung des Differenzierungsprinzips innerhalb der Partnerschaft zusammen mit anderen Schlüsselthemen erörtert wird. Dies beinhaltet die Bereitstellung von mehr Möglichkeiten für Länder, die bereit sind, sich näher an der EU zu integrieren, sowie die Achtung der europäischen Bestrebungen und Entscheidungen der assoziierten Partner und die Möglichkeit, weiterhin relevante Unterstützung im Prozess der sektoralen Integration mit der EU zu leisten. Im nächsten Jahr werden neue Strategien der Partnerschaft und neue Ziele der Zusammenarbeit anfangen.

Also, Somit sind die neuen Formate der Zusammenarbeit zwischen Georgien und Ukraine und der EU eine Art Nachkomme des "politischen Schirms" der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die in unterschiedlichen Formaten, in unterschiedlichen Zeiten verwirklicht wurden. Diese Programme liegen zugrunde Übergang auf eine neue Etappe der Zusammenarbeit, was sich in der Bereitschaft Georgiens widerspiegeln, bis 2024 eine vollständige europäische Integration zu beantragen. Die Bewerbung ist jedoch eine, aber die Vollmitgliedschaft Georgiens in der EU ist eine andere Sache. Vorgesehen der Erfahrungen der Mitgliedschaft anderer Staaten, und wenn Georgien während restlichen vier Jahren so Reihenfolge die Reformen weiter verwirklichen wird, bekommt Georgien mehr Chancen zur Mitgliedschaft, als andere Bewerber-Staaten. Der Schlüssel ist nun, dass Georgien seine Verpflichtungen aus der Östlichen Partnerschaft weiterhin erfolgreich erfüllt, die Anforderungen an die Visaliberalisierung erfüllt und eine Nische in der tiefen und umfassenden Freihandelszone erobert, was heutzutage, im Falle Georgiens eine Art wichtiges Barometer für eine eventuelle Mitgliedschaft in der Europäischen Union darstellt.

References:

1. Piehl, E. (2008). Organisierte Zivilgesellschaft in Georgien, Armenien und Aserbaidschan im Kontext der Europäischen Nachbarschaftspolitik [Organized civil society in Georgia, Armenia and Azerbaijan in the context of the European Neighborhood Policy]. *Studie für den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss* [Study for the European Economic and Social Committee], 2, 4. [in German].
2. Saldastanischwili, K. (2005). Georgien auf dem Weg in die Europäische Union [Georgia on the way to the European Union]. In: Schröder, B. (Hg.) (2005). *Georgien-Gesellschaft und Religion an der Schwelle Europas* [Georgia – Society and Religion on the Threshold of Europe]. St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, 47-55. [in German].
3. Gogolashvili, K., Kapanadze, S. (2007). Politics of the EU. *Contemporary issues.Tbilisi*. [in English].
4. Halbach, U. (1999). *Migration, Vertreibung und Flucht im Kaukasus: ein europäisches Problem* [Migration, displacement and displacement in the Caucasus: a European problem]. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-43982>> (2021, March, 12). [in German].
5. Halbach, U. (2009). Der Countdown to war in historischer Perspektive. Konfrontation zwischen Russland und Georgien 2004-2008 [The countdown to war in historical perspective. Confrontation between Russia and Georgia 2004-2008]. *Russland-Analysen* [Russia Analyzes], 192, 13-16 [in German].
6. Cross-Border Cooperation (2007). *European Neighbourhood & Partnership Instrument Cross-Border Cooperation Strategy Paper 2007-2013, Indicative Programme 2007-2010* <https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/neighbourhood/pdf/enpi_cbc_sp_ip_2007-2013_final_en.pdf> (2021, March, 12). [in English].
7. Lynch, D. (ed.) (2003). The South Caucasus: a challenge for the EU. *The Peace Palace Library* <<https://www.peacepalacelibrary.nl/ebooks/files/chai65e.pdf> > (2021, March, 12). [in English].
8. Gerbe, Y. (1998). *EU und Russland* [EU and Russia]. Frankfurt am main, 145-168.
9. Japharidze, E. (2013). Die EU und der Südkaukasus Zusammenarbeit im Rahmen der Neuen Nachbarschaftspolitik [The EU and the South Caucasus work together under the New Neighborhood Policy]. *Historical Verticals*, 27. [in German].
10. Mayer, S. (2002). Die beziehung der EU zum südkaukasus [The EU's relationship with the South Caucasus]. *Integration*, 25, 2, 125-138. <<https://www.jstor.org/stable/24221225?seq=1>> (2021, March, 12). [in German].